

Dwenger, Nadja; Storck, Johanna; Wrohlich, Katharina

Article

Studiengebühren erhöhen die Mobilität von Studienbewerbern kaum

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Dwenger, Nadja; Storck, Johanna; Wrohlich, Katharina (2009) : Studiengebühren erhöhen die Mobilität von Studienbewerbern kaum, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 43, pp. 744-747

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151862>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Studiengebühren erhöhen die Mobilität von Studienbewerbern kaum

Nadja Dwenger
ndwenger@diw.de

Johanna Storck
jstorck@diw.de

Katharina Wrohlich
kwrohlich@diw.de

Seit das Bundesverfassungsgericht 2005 das Verbot von Studiengebühren aufgehoben hat, haben sieben Bundesländer Studiengebühren von bis zu 500 Euro pro Semester eingeführt. Eine Studie des DIW Berlin zeigt, dass dies zu Ausweichreaktionen der Studienbewerber geführt hat, die zahlenmäßig nur gering ausfallen: Die Wahrscheinlichkeit, ein Studium im Heimatbundesland beginnen zu wollen, sinkt für Studienanfänger aus Gebührenländern um rund zwei Prozentpunkte. Dabei weichen vor allem Abiturienten mit schlechten Zeugnissen den Gebührenländern aus. Studienanfänger mit sehr guten Abiturnoten lassen sich dagegen von den Gebühren kaum abschrecken.

Die Gebührenfreiheit für das Studium an deutschen Hochschulen war bis vor kurzem verfassungsrechtlich festgelegt. Im Jahr 2003 klagten jedoch sechs Bundesländer gegen dieses bundesweite Verbot von Studiengebühren. Anfang 2005 kam das Bundesverfassungsgericht zu dem Urteil, dass dieses Verbot dem Recht der Bundesländer, ihre Hochschulpolitik selbst zu bestimmen, widerspricht. Sieben der sechzehn deutschen Länder kündigten daraufhin an, bis zum Frühjahr 2005 Gebühren einzuführen. Mittlerweile erheben Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland allgemeine Studiengebühren für das Erststudium ab dem ersten Semester. Auch Hessen führte im Wintersemester 2007 Studiengebühren ein, diese wurden jedoch im darauf folgenden Wintersemester wieder abgeschafft. Die Einführung der Gebühren wurde von einer heftigen politischen und öffentlichen Debatte begleitet.

Weichen Studienbewerber den Gebührenländern aus?

Eine aus wissenschaftlicher wie aus politischer Sicht interessante Frage ist, wie sehr Studienbewerber mit ihrem Mobilitätsverhalten auf die Studiengebühren reagieren. Weichen Studienbewerber den „Gebührenländern“ aus? Und wenn ja, in welchem Umfang? Das DIW Berlin hat diese Fragen im Rahmen einer empirischen Studie untersucht.¹ Grundlage waren die Daten der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) über Bewerber für die Studiengänge Medizin und Zahnmedizin der Jahre 2002 bis 2008.

¹ Dwenger, N., Storck, J., Wrohlich, K.: Do Tuition Fees Affect the Mobility of University Applicants? Evidence from a Natural Experiment. Discussion Paper Nr. 926, DIW Berlin 2009.

Sieben Fragen an Katharina Wrohlich

„Abiturienten mit guten Noten nehmen eher Studiengebühren in Kauf“



Frau Dr. Wrohlich, die Bundesländer können ihre Hochschulpolitik selbst bestimmen und haben teilweise Studiengebühren eingeführt. Wo muss man zahlen, wo nicht?

Im Moment bezahlt man Studiengebühren in Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland. Die Studiengebühren liegen überall in einer Höhe von ungefähr 500 Euro pro Semester.

Sie haben das Mobilitätsverhalten von Studienanfängern untersucht. Wie haben die Studienbewerber auf die Gebühren reagiert?

Uns hat die Frage interessiert, ob Studienbewerber den Gebühren ausweichen und sich eher in den Ländern bewerben, in denen keine Gebühren zu bezahlen sind. Die Wahrscheinlichkeit, dass man sich im Heimatbundesland bewirbt, ist um zwei Prozentpunkte niedriger, wenn man aus einem Gebührenland kommt. Das heißt, es gibt einen sehr kleinen Anteil von Studienbewerbern, die den Gebühren ausweichen.

Das heißt ja umgekehrt, dass viele Studienanfänger die Gebühren in Kauf nehmen. Was bewegt einen Studienanfänger, dennoch an einer gebührenpflichtigen Hochschule zu studieren?

Die Mobilität von Studienanfängern ist in Deutschland insgesamt sehr gering. Über die Beweggründe, trotz Ausweichmöglichkeit an einer gebührenpflichtigen Hochschule zu studieren, haben wir zum Beispiel herausgefunden, dass Studienbewerber mit sehr guten Abiturnoten eher zu Hause bleiben, auch wenn sie aus einem Gebührenland kommen, also den Gebühren in geringerem Ausmaß ausweichen.

Also bestimmen nicht in erster Linie das Geld, sondern die Noten über die Wahl der Universität?

Wir können aus unseren Daten nicht das Einkommen der Eltern ableiten. Das heißt, wir können leider nichts über den Einfluss des Einkommens auf die Wahl des Studienortes sagen. Man kann annehmen, dass gute Noten mit einem

hohen Einkommen der Eltern korreliert sind. Es könnte also durchaus sein, dass in diesem „Gute-Noten-Effekt“ in Wirklichkeit ein Einkommenseffekt steckt. Das konnten wir aber mit unseren Daten leider nicht gesondert herausfiltern.

Was aber könnten die Ursachen dafür sein, dass Studienanfänger mit guten Noten eher bereit sind, Studiengebühren zu bezahlen?

Über die Ursachen können wir nur spekulieren. Es könnte zum Beispiel sein, dass Studienanfänger mit guten Noten erwarten, schneller mit dem Studium fertig zu sein und sich bessere Jobchancen ausrechnen. Die Rechnung ist vielleicht, schneller zu studieren und besser abzuschließen. Damit hätte sich die Investition in die Studiengebühren gelohnt. Es könnte dabei insgesamt auch die Erwartung dahinter stehen, dass Universitäten, die Gebühren erheben, eine höhere Qualität haben. Vielleicht sind Schüler mit guten Noten eher bereit, für eine eventuell höhere Qualität auch zu bezahlen.

Nur ein kleiner Anteil von Studienbewerbern weicht den Gebühren aus.

Bedeutet das, dass teure Unis die besseren Studenten bekommen?

Zumindest kann man umgekehrt sagen, dass die gebührenfreien Länder nicht in der Lage sind, auch die besonders guten Bewerber anzuziehen.

Wären damit die gebührenfreien Bundesländer nicht besser dran, wenn Sie in Zukunft auch Gebühren einführen?

Den Schluss kann man nicht ziehen. Wir haben zwar herausgefunden, dass die Studienanfänger tatsächlich nicht in sehr großem Ausmaß den Gebühren ausweichen. Was wir aber mit unseren Daten leider nicht untersuchen konnten, war die vorhergehende Entscheidung, ob sich ein Abiturient überhaupt für ein Studium bewerben will. Es könnte ja sein, dass Studiengebühren den Effekt haben, dass sie Studienberechtigte generell von einem Studium abhalten.

Dr. Katharina Wrohlich,
Wissenschaftliche
Mitarbeiterin in der
Abteilung Staat
am DIW Berlin

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de/interview

Zunächst ist festzustellen, dass Studienbewerber in Deutschland allgemein nur wenig mobil sind. Dies trifft sowohl auf Studierende aller Fachrichtungen zu als auch auf die spezielle Gruppe der Bewerber für Medizin und Zahnmedizin. Im Jahr 2003 beschlossen 60 Prozent der Studienanfänger, ein Studium in ihrem Heimatbundesland aufzunehmen. Die überwiegende Mehrheit derjenigen, die sich für ein anderes Bundesland entschieden, zog in ein benachbartes Bundesland. Außerdem fällt auf, dass es wenig Wanderungsbewegungen von Ost- nach Westdeutschland und andersherum gibt.

Die Studie des DIW Berlin untersucht, ob die dezentrale Einführung der Studiengebühren zu zusätzlicher Mobilität der Studienbewerber führt. Dazu wird der spezielle Umstand in Deutschland genutzt, dass Gebühren nur in einigen Bundesländern eingeführt wurden, während das Studium in den anderen gebührenfrei blieb.

In diesem „natürlichen Experiment“ lassen sich zwei Gruppen unterscheiden: Zum einen die Gruppe der Studienbewerber, die ihre Hochschulzulassung in einem Gebührenland erhalten hat („Versuchsgruppe“), zum anderen eine Kontrollgruppe, das heißt Bewerber aus Nicht-Gebührenländern. Da die Einführung der Gebühren von den Studienbewerbern nicht beeinflusst werden konnte, lässt sich der kausale Effekt der Studiengebühren auf das Mobilitätsverhalten aus einem Vergleich dieser beiden Gruppen ermitteln.

Sind Bewerber aus Studiengebührenländern beispielsweise durchschnittlich mobiler als solche aus Nicht-Gebührenländern, dann ist davon auszugehen, dass Studiengebühren mobilitäts-erhöhend wirken. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass Bewerber aus Studiengebührenländern von vornherein mobiler oder immobiler sind als die Bewerber der Kontrollgruppe. Um solche Einflussfaktoren auszuschließen, wird der Effekt der Einführung von Studiengebühren auf die Wahrscheinlichkeit, im Heimatbundesland zu studieren, mittels einer doppelten Differenz („Difference-in-Difference“) berechnet. Verglichen wird dabei die Änderung des Bewerberverhaltens in Gebührenländern mit der Änderung des Bewerberverhaltens in der Kontrollgruppe.

Gute Abiturienten schrecken die Gebühren kaum ab

Die Ergebnisse zeigen, dass Studienbewerber tatsächlich auf Studiengebühren reagieren, wenn

auch nur in geringem Ausmaß: Für Bewerber aus den betreffenden Bundesländern reduziert sich aufgrund der Einführung der Studiengebühren die Wahrscheinlichkeit, ein Studium im Heimatbundesland beginnen zu wollen, um knapp zwei Prozentpunkte von 69 Prozent auf 67 Prozent. Ein weiteres interessantes Ergebnis ist, dass Bewerber, die in der Schule besonders gute Leistungen erzielten (Abiturnote von 1 bis 1,5), trotz Gebühren im Heimatbundesland bleiben, während Bewerber mit schlechteren Noten eher abwandern.

Hierfür gibt es mehrere mögliche Erklärungen: Studienanfänger, die schon in der Schule gute Leistungen erbracht haben, erwarten auch, ihr Studium mit sehr guten Leistungen abzuschließen und damit entsprechende Job- und Verdienstmöglichkeiten nach ihrem Abschluss. Sie sind daher möglicherweise eher bereit, für das Studium zu bezahlen. Zweitens kann davon ausgegangen werden, dass sich Studierende von den Gebühren eine höhere Qualität der universitären Ausbildung versprechen. Studierende mit hohen akademischen Ambitionen wählen eine Universität in einem Gebührenland und sind bereit, für die erwartete höhere Qualität zu zahlen. Ein dritter Grund für die schwächere Reaktion von Bewerbern mit sehr guten schulischen Leistungen auf die Gebühren könnte auch damit zusammenhängen, dass einige Universitäten Gebühren für Studierende mit herausragenden Leistungen oder Stipendien erlassen.

Denkbar ist auch, dass gute Noten mit höherem Einkommen der Eltern korrelieren und daher gute Abiturienten mit größerer finanzieller Unterstützung durch ihre Eltern rechnen können. Während über die Gründe des „Noteneffekts“ nur spekuliert werden kann, hat dieser doch wichtige Implikationen für die Hochschulpolitik und -finanzierung.

Fazit

Der „Noteneffekt“ führt dazu, dass Gebührenländer die guten Studierenden an sich binden, während Studienbewerber mit schlechteren Noten eher in kostenfreie Bundesländer abwandern. Den gebührenfreien Ländern entsteht kein Wettbewerbsvorteil. Ihnen gelingt es nicht, mit einem gebührenfreien Studium herausragende Bewerber aus Studiengebührenländern abzuwerben. Die Gebührenländer dagegen profitieren in doppelter Hinsicht. Sie erhalten zusätzliche finanzielle Mittel, können so eine bessere Hochschulqualität finanzieren und binden damit eher Studierende mit besserer Abiturnote.

Wollen die gebührenfreien Länder diese – wenn auch in ihrem Ausmaß eher geringen – Wanderungsbewegungen vermeiden, bestünde für sie die Möglichkeit, Gebühren in Form der „Landeskinder-Regelung“ einzuführen. In einem solchem

Modell müssten nur landesfremde Studierende Gebühren zahlen. Ein ähnliches Modell wird in den USA angewendet, wo Studierende zu reduzierten Gebühren an öffentlichen Universitäten im eigenen Bundesstaat studieren können.

JEL Classification:
I22, I28, H75, R23

Keywords:
Mobility of high-school graduates,
Tuition fees,
Natural experiment

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredation

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.